



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 181. Ratssitzung vom 12. Januar 2022

4822. 2021/292

**Weisung vom 24.06.2021:**

**Finanzverwaltung, Finanzhaushaltverordnung, Totalrevision**

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Gemeinderatsbeschlusses Nr. 4673 vom 1. Dezember 2021:

Zustimmung: Präsident Mark Richli (SP), Referent; Ernst Danner (EVP), Mélissa Dufournet (FDP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Simon Kälin-Werth (Grüne), Matthias Renggli (SP), Mischa Schiwow (AL)  
Abwesend: Guy Krayenbühl (GLP)

Der Präsident der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.

**Mark Richli (SP):** *In Zeile 001 hat die Redaktionskommission (RedK) die Rechtsgrundlage gemäss neuer Geschäftsordnung nachgeführt. Eine generelle Bemerkung: Im Vorschlag des Stadtrats stand sehr häufig «i.S.v.», dies haben wir mit «gemäss» ersetzt, so auch in Zeile 015. Das Gemeindegesetz benötigte eine Fussnote mit der Fundstelle. In Zeile 041 hat die Redaktionskommission aus dem Imperativ einen Indikativ gemacht, dies ist die übliche gesetzestechnische Formulierung. Auf Zeile 066a hat die RedK «Absatz 2 Art. 9 Absatz 2 und Absatz 3 gelten sinngemäss» eingesetzt. Das sieht aus, als hätten wir eine materielle Änderung vorgenommen, dies ist aber nicht der Fall. In der Vorlage des Stadtrats ist der unveränderte Absatz 2 versehentlich vergessen worden. Er bleibt allerdings relevant und soll nicht gestrichen werden, weshalb wir ihn ergänzt haben. Auf Zeile 078 stand in der Einführung zur Tabelle bis jetzt: «erforderliche Differenzbegründung gemäss Art. 9 Absatz 1 und Art. 18.» Laut Finanzdepartement bezieht sich dieser Verweis auf den ganzen Art. 9 und nicht nur auf den Absatz 1.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung

Die RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.



Zustimmung: Renate Fischer (SP), Referentin; Präsident Felix Moser (Grüne), Vizepräsident Florian Utz (SP), Walter Angst (AL), Dr. Florian Blättler (SP), Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 109 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Es wird eine Finanzhaushaltverordnung (FHVO) gemäss Beilage (datiert vom 24. Juni 2021 mit Änderungen nach Gemeinderatsbeschluss vom 12. Januar 2022) erlassen.

#### **Finanzhaushaltverordnung (FHVO)**

vom 12. Januar 2022

*Der Gemeinderat,*

gestützt auf Art. 54 Abs. 2 lit. e GO<sup>1</sup> und nach Einsichtnahme in die Weisung des Stadtrats vom 24. Juni 2021<sup>2</sup>,

*beschliesst:*

#### **A. Allgemeine Bestimmungen**

Gegenstand Art. 1 Diese Verordnung regelt die Haushaltsführung der Stadt.

Geltungsbereich Art. 2 <sup>1</sup> Diese Verordnung gilt für die gesamte Stadtverwaltung.

<sup>2</sup> Für die Anstalten gilt sie unter Vorbehalt von § 66 Abs. 3 Gemeindegesetz (GG)<sup>3</sup>.

<sup>3</sup> Für Organisationseinheiten, die mit Globalbudgets gesteuert werden, gehen die Bestimmungen der Globalbudgetverordnung (GBVO)<sup>4</sup> vor.

#### **B. Grundsätze der Haushaltsführung**

Gliederung des Haushalts Art. 3 <sup>1</sup> Die Gliederung von Budget und Jahresrechnung erfolgt nach Organisationseinheiten (institutionelle Gliederung).

<sup>2</sup> Sie entspricht dem einheitlichen Kontenrahmen gemäss Anhang 1 der Gemeindeverordnung (VGG)<sup>5</sup>.

---

<sup>1</sup> AS 101.100

<sup>2</sup> STRB Nr. 653 vom 24. Juni 2021.

<sup>3</sup> vom 20. April 2015, LS 131.1.

<sup>4</sup> vom ... [Totalrevision, GR Nr. 2021/293], AS 611.102.

<sup>5</sup> vom 29. Juni 2016, LS 131.11.



Einheit des Haushalts	Art. 4 Alle Organisationseinheiten, deren Rechnungen dem Grundsatz der Einheit des Haushalts gemäss § 86 GG <sup>6</sup> unterstehen, beachten die Reglemente und Ausführungsbestimmungen des Stadtrats zum: a. Finanzhaushalt <sup>7</sup> ; b. Risiko- und Versicherungsmanagement <sup>8</sup> ; c. Internen Kontrollsystem (IKS) <sup>9</sup> .
Eigenwirtschaftsbetriebe	Art. 5 Die Organisationseinheiten gemäss Anhang 1 werden als Eigenwirtschaftsbetriebe gemäss § 88 GG <sup>10</sup> geführt.
Liegenschaftsfonds	Art. 6 <sup>1</sup> Die Organisationseinheiten können für werterhaltende Erneuerungen Liegenschaftsfonds gemäss § 8 VGG <sup>11</sup> führen. <sup>2</sup> Der Stadtrat regelt die Einzelheiten, insbesondere: a. die Organisationseinheiten, die Liegenschaftsfonds führen; b. die Liegenschaftengruppen, für die ein Fonds geführt wird; c. die Höhe der jährlichen Einlagen sowie die maximale Höhe der Gesamteinlagen als Prozentsatz des Gebäudeversicherungswerts; d. Gegenstand und Modalitäten der internen Verzinsung.

### C. Finanz- und Aufgabenplan

Inhalt	Art. 7 <sup>1</sup> Der Finanz- und Aufgabenplan gemäss § 95 GG <sup>12</sup> wird jährlich für das kommende Budgetjahr und die drei folgenden Planjahre erstellt. <sup>2</sup> Als Vergleich werden die Werte des laufenden Budgetjahres und des letzten Rechnungsjahres abgebildet.
--------	--

### D. Budget

Budgetvorlage a. Verfahren	Art. 8 <sup>1</sup> Der Stadtrat überweist die Budgetvorlage gemäss § 101 GG <sup>13</sup> bis Ende September an den Gemeinderat. <sup>2</sup> Er kann dem Gemeinderat Nachträge bis Mitte November unterbreiten (Novemberbrief). <sup>3</sup> Für die Anstalten gelten die gleichen Fristen.
b. Differenzbegründungen	Art. 9 <sup>1</sup> Der Stadtrat begründet in der Budgetvorlage Abweichungen zum Budget des Vorjahres gemäss Anhang 2. <sup>2</sup> Für folgende Fälle gelten herabgesetzte Anforderungen: a. Bei internen Verrechnungen und durchlaufenden Beiträgen sowie bei Investitionen auf Rechnung Dritter wird die Begründung auf den Aufwand oder die Ausgaben beschränkt. b. Beim Personalaufwand werden Teuerungszulagen, die im Budget des Vorjahres nicht enthalten sind, nur einmal begründet.

<sup>6</sup> vom 20. April 2015, LS 131.1.

<sup>7</sup> Finanzhaushaltreglement vom 5. Februar 2020, AS 611.111.

<sup>8</sup> Risiko- und Versicherungsreglement vom 9. September 2020, AS 172.160.

<sup>9</sup> Reglement über das Interne Kontrollsystem vom 23. Juni 2021, AS 172.170.

<sup>10</sup> vom 20. April 2015, LS 131.1.

<sup>11</sup> vom 29. Juni 2016, LS 131.11.

<sup>12</sup> vom 20. April 2015, LS 131.1.

<sup>13</sup> vom 20. April 2015, LS 131.1.



<sup>3</sup> Nicht begründet werden Veränderungen für:

- a. interne Verrechnungen von Zinsen;
- b. Einlagen in und Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen;
- c. Arbeitgeberbeiträge an Sozialversicherungen;
- d. Erstattung von Entschädigungen und Lohnkosten durch Sozialversicherungen.

Nachtragskredite  
a. Verfahren

Art. 10 <sup>1</sup> Der Stadtrat unterbreitet dem Gemeinderat die Nachtragskredite gemäss § 115 GG<sup>14</sup> grundsätzlich in zwei Sammelvorlagen jeweils im Mai und im September.

<sup>2</sup> Er kann Verschiebungen zwischen Budgetpositionen der Aufwand- oder Ausgabe- oder Ausgabe- als Kreditübertragung beantragen, wenn zwischen der Erhöhung und der Reduktion der einzelnen Budgetpositionen ein sachlicher Zusammenhang besteht.

b. Dringlichkeit

Art. 11 <sup>1</sup> Der Stadtrat trifft den Entscheid über einen Nachtragskredit in eigener Zuständigkeit, wenn ein Aufschub für die Stadt unverhältnismässige Nachteile zur Folge hätte.

<sup>2</sup> Der entsprechende Stadtratsbeschluss wird unverzüglich der Rechnungsprüfungskommission des Gemeinderats (RPK) zugestellt.

<sup>3</sup> Der Gemeinderat wird zeitnah mit der nächsten Sammelvorlage oder mit dem Abschluss der Jahresrechnung um nachträgliche Genehmigung ersucht.

## E. Ausgaben und Anlagen

Begriffe

Art. 12 <sup>1</sup> Als Ausgabe gilt die Verwendung von Finanzvermögen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben, insbesondere:

- a. Umwandlungen von Finanz- in Verwaltungsvermögen;
- b. Beiträge;
- c. Darlehen und Beteiligungen;
- d. Bürgschaften und andere Eventualverpflichtungen;
- e. Einnahmenverzicht.

<sup>2</sup> Keine Ausgaben sind Umschichtungen innerhalb des Finanzvermögens (Anlagen) sowie Zahlungen zur Tilgung von Schulden.

Kreditsumme

Art. 13 <sup>1</sup> Bei der Ermittlung der Kreditsumme gemäss § 15 VGG<sup>15</sup> gilt:

- a. Aufwendungen für die Projektierung des Vorhabens werden eingerechnet;
- b. Eigenleistungen sind wesentlich, wenn sie Ausgabencharakter haben und Fr. 100 000.– übersteigen oder wenn sie aktiviert werden.

<sup>2</sup> In Abzug gebracht werden insbesondere Aufwendungen, die:

- a. einem von den Stimmberechtigten bewilligten Rahmenkredit belastet werden, wenn dieser einen Abzug ausdrücklich vorsieht; oder
- b. vom Verkehrsverbund nach dem Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr<sup>16</sup> ersetzt werden.

<sup>3</sup> Der Stadtrat regelt die Einzelheiten zu den Eigenleistungen.

<sup>14</sup> vom 20. April 2015, LS 131.1.

<sup>15</sup> vom 29. Juni 2016, LS 131.11.

<sup>16</sup> vom 6. März 1988, PVG, LS 740.1.



- Preisstandklausel Art. 14 Kreditbeschlüsse können eine Bestimmung enthalten, wonach sich die bewilligte Kreditsumme automatisch der Teuerung oder einem Wechselkurs anpasst.
- Erwerb von Finanzliegenschaften Art. 15 <sup>1</sup> Der Stadtrat informiert unverzüglich über die in das Finanzvermögen erworbenen Liegenschaften mit einem Verkehrswert von mehr als Fr. 2 000 000.– durch:
- a. Zustellung des Stadtratsbeschlusses und mündliche Information über die Einzelheiten des getätigten Erwerbsgeschäfts an die zuständigen Kommissionen des Gemeinderats; und
  - b. eine anschliessende Medienmitteilung.
- <sup>2</sup> Er publiziert sämtliche Erwerbsgeschäfte im Geschäftsbericht unter Nennung von Erwerbgrund und Erwerbspreis und aktualisiert ein öffentlich einsehbares geodatenbasiertes Liegenschaftsinventar einschliesslich Angaben zur Vermögenszuweisung.
- <sup>3</sup> Neu erworbene Liegenschaften sind in der Regel innert vier Jahren in das Verwaltungsvermögen zu übertragen; über Ausnahmen erstattet der Stadtrat dem Gemeinderat alle vier Jahre Bericht.

- Kreditabrechnungen Art. 16 Der Stadtrat regelt die Einzelheiten zu den Kreditabrechnungen nach Anhörung der Finanzkontrolle.

#### **F. Jahresrechnung und Geschäftsbericht**

- Verfahren Art. 17 <sup>1</sup> Der Stadtrat legt dem Gemeinderat die Jahresrechnung gemäss § 120 GG<sup>17</sup> innerhalb von drei Monaten und den Geschäftsbericht gemäss § 134 GG innerhalb von vier Monaten nach Ablauf des Rechnungsjahres vor.
- <sup>2</sup> Für die Anstalten gelten die gleichen Fristen.
- Differenzbegründungen Art. 18 <sup>1</sup> Der Stadtrat begründet in der Jahresrechnung Abweichungen zum Budget (einschliesslich der bewilligten Nachtragskredite) gemäss Anhang 2.
- <sup>2</sup> Art. 9 Abs. 2 und 3 gelten sinngemäss.

#### **G. Schlussbestimmungen**

- Aufhebung bisherigen Rechts Art. 19 Die Finanzhaushaltverordnung vom 21. März 2018<sup>18</sup> wird aufgehoben.
- Inkrafttreten Art. 20 Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

---

<sup>17</sup> vom 20. April 2015, LS 131.1.

<sup>18</sup> AS 611.101



**Anhang 1**

Organisationseinheiten, die gemäss Art. 5 als Eigenwirtschaftsbetriebe geführt werden:

- Wohnen und Gewerbe (2034)
- Gastronomie (2035)
- Parkierungsbauten (2036)
- Parkgebühren (2505)
- Blaue Zonen (2506)
- ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abwasser (3535)
- ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall (3550)
- ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Fernwärme (3555)
- Wasserversorgung (4525)
- Elektrizitätswerk (4530)
- Verkehrsbetriebe (4540)

**Anhang 2**

Erforderliche Differenzbegründungen gemäss Art. 9 und Art. 18:

Bei Beträgen		<b>Verschlechterungen</b>	<b>Verbesserungen</b>
		Aufwand- oder Ausgabenanstieg oder Ertrags- oder Einnahmenreduktion	Ertrags- oder Einnahmenanstieg oder Aufwand- oder Ausgabenreduktion
von	bis	von mehr als	von mehr als
Fr. 0.–	Fr. 100 000.–	25 %, mindestens aber Fr. 5 001.–	50 %, mindestens aber Fr. 10 001.–
Fr. 100 001.–	Fr. 200 000.–	Fr. 25 000.–	Fr. 50 000.–
Fr. 200 001.–	Fr. 500 000.–	Fr. 50 000.–	Fr. 100 000.–
Fr. 500 001.–	Fr. 5 000 000.–	Fr. 75 000.–	Fr. 150 000.–
mehr als Fr. 5 000 001.–		Fr. 100 000.–	Fr. 200 000.–

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 19. Januar 2022 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist 21. März 2022)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat